Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 24: e

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Glutende Tschechei, schwelendes Danzig.

In Kladno nahe bei Prag wurde ein deutscher Polizeibeamter ermordet. Die Protektoratsbehörden versuchen, durch außerordentliche Maßnahmen des Mörders habhaft zu werden. Ausgehverbote für die Tschechen, Schluß von Wirtschaften, Kinos und Schulen, hohe Belohnungen für die Angeber, zahlreiche Verhaftungen, Drohungen, daß die Hehler des Mordes und des Mörders selbst hingerichtet würden, sollen die Rache schaffen und das Prestige der Besatzungsmacht wieder herstellen. Bis heute hat sich niemand gemeldet, und keiner der Verhafteten scheint irgendwas mit der Mordtat gemein zu haben. Sonderbare Versionen werden herumgeboten: Der Polizeibeamte Kniest sei in einem Kabarett wegen eines schönen Mädchens mit Tschechen in Differenzen geraten, und wahrscheinlich werde sich der ganze Handel als Weibergeschichte mit tragischem Ausgang entpuppen. Die deutsche Version lautet anders: Kniest sei in Ausübung seiner Amtspflicht gemeuchelt worden . . .

Sei es wie es sei: Die Gärung in den tschechischen Gebieten dauert seit Wochen an und verschärft sich zusehends. Man möchte von Berlin aus gern fremde Anstifter verantwortlich machen und zugleich die Gelegenheit benutzen, alle Benesch-Anhänger, die schlankweg als „Kommunisten" tituliert werden, zu vernichten . . . und dies, obschon man ahnen muß, daß wahrscheinlich das tschechische Volk ausgerottet werden müßte. Die eigentlichen Ursachen des böhmischen Mißmutes verschweigt man natürlich dem deutschen Volke: Die Ausplünderung des Landes und die Versklavung seiner nicht mehr militärfähig erklärten Jungmannschaft.

Selbstverständlich geht die Ausplünderung „legal" vor sich. Man kauft, was käuflich ist: Fleisch, Butter, Leder, Rohstoffe aller Art, Dinge, die man im alten Reich mehr als je brauchen kann. Die Tschechen, die noch vor einem Jahr kaum unter Warenmangel litten, sehen ihre Läden sich leeren, ihre Lager schwinden. Es wird ja stimmen, daß die untern Volkskreise an den vollen Läden nicht das Vergnügen hatten, das ihnen wünschbar schien; mit leeren Beuteln konnten auch die tschechischen Arbeitslosen und schlecht entlöhnten Kurzarbeiter nichts kaufen. Aber in den leeren Läden, bei steigenden Preisen, finden langsam auch die früher Habilichen nichts mehr, und es sollte niemanden wundern, wenn sich daraus böse Dinge entwickelten.

Die Versklavung der Jungmannschaft wurde gleich nach Errichtung des „Protektorats" eingeleitet. Man erklärte die Angehörigen der tschechischen Nationalität als militärdienstfrei, dafür aber als arbeitsdienstpflichtig. Das bedeutete, daß die Leute aufgeboten wurden, um irgendwo im Reiche Dienst zu tun, nicht mit der Muskete, sondern mit Pickel und Spaten, aber unter militärischer Disziplin. Leute, die noch im September hinter den Mauern der tschechischen Maginotlinie gestanden, um den deutschen Angreifer zu erwarten, stehen nun als gezwungene Kulis irgendwo, über das ganze Reich zerstreut, bauen in den Gräben und Unterständen der „Siegfriedlinie", schuften in militarisierten Fabriken des Unterdrückers und schreiben angeblich Briefe nach Hause, in welchen sie alle üblen Reden, als ob sie zu rechtlosen Heloten geworden, als Lügen bezeichnen und die gute Behandlung rühmen. Dabei kann man sich an den Fingern abzählen, welcher Zensur die Briefe der fremdstämmigen Arbeitsdienstler unterstellt sind, und kann ahnen, wieviel Glauben die Angehörigen zu Hause solchen Briefen schenken; ein einziger Heimkehrer, der hinter vier Wänden erzählt, wie es in Wirklichkeit zugeht, genügt, um ganze Ortschaften zu unterwühlen.

Unterdessen sammeln sich in Polen flüchtige Offiziere und Soldaten; tschechische Legionen werden gegründet; in Moskau geschieht dasselbe; andere Flüchtlinge reisen nach Frankreich und treten reihenweise in die Fremdenlegion ein; die amerikanischen Tschechen, die mit den Slowaken zusammen arbeiten, spenden Geld und werben unter den Amerikanern gegen die Deutschen; ein Meer von Wut und Haß sammelt sich an.

Man muß allerlei befürchten. Zunächst drängt die Entwicklung Berlin auf den radikalen Weg der völligen Vernichtung jeder tschechischen Selbständigkeit. Französische Blätter künden die Aufhebung des Protektorats und die totale Annexion an. Die „Nation der Kellner, Schuhputzer, Kammerdiener und Kesselflicker", wie sie von heldischen Volksdeutschen gewertet wird, soll verschwinden. Ob sie solchermaßen degradiert sei, oder ob sie selbst „heldische" Eigenschaften besitze, wird an dem Tage auskommen, da sich das Dritte Reich zu solch radikalen Entschlüssen aufrafft, um dem Mißbehagen ein Ende zu machen. Vielleicht kommt es zu aussichtslosen Aufständen und brutaler militärischer Rache? Ereignisse solcher Art würden sicherlich nicht ausbleiben, falls das Dritte Reich einen Krieg begänne. Allerletzte Nachrichten erzählen von der Flucht slowakischer Flieger nach Polen, wo sie mit den Tschechen zusammenspannen; die flüchtigen Slowaken alarmieren Polen neuerdings und wollen von drohenden deutschen Truppenkonzentrationen wissen.

Eine Umfassung Polens von der Slowakei her würde ins deutsche Aktionsprogramm für den Fall eines Handstreichs auf Danzig gehören. Dieser Handstreich wird nun bald erfolgen oder aber überhaupt unterbleiben. Die versammelten SA- und SS-Formationen, die eingeschmuggelten Reichswehrabteilungen, die andauernden Schießereien, die giftigen Noten, die Danzig mit Polen wechselt, der Streit um die Verminderung der polnischen Zollinspektoren . . . alles deutet darauf hin, daß man in Berlin mit dem Feuer spielt. Man errät auch die Methode, die angewendet werden soll, um den Dingen den Anschein zu geben, das Reich beteilige sich nicht an der Aktion. Danzig soll „allein" losschlagen, mit eingeschmuggelten deutschen Mannschaften und Waffen . . . damit England stillsitze und den angeblich „danzig-polnischen Lokalkonflikt" bagatellisiere. Unter Vermeidung eines „deutsch-polnischen Krieges" will Hitler mit seiner Reichswehr Danzig „durch sich selbst von Polen befreien" lassen. Die vernichtende Wirkung auf die Moral aller Verbündeten Englands, die eine solche von London hingenommene Düpierung bedeuten würde, vermöchte das ganze aufgebaute britische Sicherungssystem zu torpedieren.

Das britische Königspaar in USA.

Nach der Reise durch Kanada ließen sich die britischen Majestäten in USA empfangen. Besonders großartig gestaltete sich der Empfang in der New-Yorker Metropole. Zwei Millionen Menschen standen Spalier und jubelten dem König zu, gegen dessen Vorfahr die Vereinigten Staaten einen Unabhängigkeitskrieg geführt. Diese Huldigung kommt einer endgültigen moralischen Rückgewinnung der großen verlornen Kolonie gleich. Die anderthalbhundertjährige Rivalität beider angelsächsischen Mächte, schon seit dem Weltkrieg auf gewisse handelspolitische Angelegenheiten beschränkt, verschwindet immer mehr und wird augenscheinlich einer Zusammenarbeit Platz machen, wie man sie auf beiden Seiten des Ozeans vor kurzem noch nicht für möglich gehalten.

Selbstverständlich haben die beiden Regierungen den großartigen Königsbesuch nicht ohne bestimmten, großen Zweck arrangiert. Roosevelt ist entschlossen, sein ganzes

Gewicht in die Waagschale der europäischen Entscheidungen zu werfen. Die Gegner jeder Engagierung in Europa, die „Isolationisten", müssen Schritt um Schritt zurückgedrängt werden. Wenn eines Tages das britische Mutterland und Frankreich in Not geraten, soll Amerika zur Stelle sein.

Vermutlich haben sich die Regierung Chamberlains und Roosevelts in ihren Demonstrationsabsichten sofort verstanden und gleichzeitig dafür gesorgt, daß auch das deutsche Volk von dieser „atlantischen Verbrüderung" erfuhr. Die Reden, die Roosevelt hält, die königlichen Antworten, die Voten wichtiger Minister finden heute den Weg über den britischen Rundfunk zum deutschen Hörer . . . auf deutsch!

Vor dem Hintergrunde der großen Demonstration in Amerika gewinnen die Reden Chamberlains im Unterhaus und Lord Halifax' im Oberhaus, die beide gegen die deutsche Einkreisungsthese und für die fortdauernde, immerwährende britische Verhandlungsbereitschaft demonstrierten, ihren eigentlichen Sinn. Dem deutschen Volke, das nicht mit seiner Regierung gleichgesetzt wird, soll gesagt werden, daß Englands Freunde noch größer als England selbst seien . . . daß aber England nicht etwa den Krieg um jeden Preis wünsche! Freilich, in den darauf folgenden britischen Polemiken verwahrte sich Chamberlain energisch gegen jegliche Absicht neuer Kapitulationen! Er nennt solche Deutungen seiner neusten Friedensreden beleidigend. Sein Verhalten für den Fall eines ernstlich zu befürchtenden „lokalen Krieges zwischen Polen und Danzig" wird der Prüfstein für seine Entschlossenheit werden.

Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland

Man hat von einer „Front des 4. Juni" gesprochen und sich gefragt, ob sie nach dem Siege über die notorischen Neinsager und die bremsenden „Liberalen" der West- und Nordwestschweiz beisammen bleiben werde. Eine erste Gelegenheit bot sich im Nationalrat bei der Besprechung der Besoldungsvorlage für das eidgenössische Personal. Bekanntlich verhandelten der „Föderativverband" und der Bundesrat seit langem über eine Regelung der Sache; man wollte aus dem Provisorium herauskommen und nicht von Jahr zu Jahr neu festlegen, was die vom Bund angestellten Bürger nun eigentlich zu erhalten hätten. Geregelt mußten vor allem auch die beidseitigen Leistungen für die zu sanierende Pensionskasse werden. Es kam zu einer Einigung, und die Vorlage, für welche der Bundesrat im Parlament einstand, war das Ergebnis dieser Einigung.

Bund und Personal hatten Konzessionen gemacht. Wirklich, es wurden Widerstände, Bedenken, Interessen aufgegeben . . . man kann nur sagen, daß der gute Wille auf beiden Seiten sich bewährte. Solange man in dieser Weise „miteinander reden" kann, braucht man an der Demokratie nicht zu verzweifeln, kann man sicher sein, daß gerechte Forderungen sich durchsetzen. Vielleicht nicht auf einen Schlag, vielleicht unter schwerem Ringen gegen andere Forderungen. Wichtig ist, daß Ideen verfochten werden dürfen, daß sie sich gegen andere, vielleicht veraltete durchkämpfen können . . ., daß sie nicht, weil den zur Zeit „Herrschenden" unbequem, unterdrückt und unter Strafe gestellt werden.

Die neue Ordnung wird ungefähr so aussehen, wie sie Bundesrat Wetter dem Parlament darlegte. Der Lohnabbau wird gemildert. Der Bund wird jährlich etwa sechs Millionen mehr auszugeben haben. Die Einbuße, welche das Personal durch die Abwertung erlitt, wird etwa zur Hälfte gutgemacht. Für die Sanierung der Pensionskassen steuert die Eidgenossenschaft jährlich weitere zehn Millionen. Bis 1960 soll diese neue Bundeslast amortisiert werden. Die jährliche Mehrbelastung der Bundeskasse beträgt also 21 Jahre lang rund 16, dann noch 6 Millionen. Gemessen an den Auslagen für das Bundespersonal spart man immer noch rund 10 Millionen ein, verglichen mit dem Jahre 1927, oder 20 Millionen, wenn einmal die Amortisierung der Lasten für die Kassensanierung Tatsache geworden.

Einsprachen gegen die Verbesserung der Einkommensverhältnisse einer angeblich „privilegierten" Schicht von Bürgern kamen von jener Seite her, die auch die „Ausgleichssteuer", die Belastung der Großbetriebe in der Militär- und Arbeitsbeschaffungsvorlage bekämpfte. Fast überall sonst wird anders argumentiert als bei den „Warnern" zuäußerst rechts, die immer mit den schlechtest bezahlten Arbeitern vergleichen, nicht aber mit den doch ebenfalls privilegierten „arbeitslosen Einkommen". Vor allem die Kreise des städtischen Gewerbes oder die stadtnahen Bauern wissen längst, was es bedeutet, wenn wenigstens die Beamten und Angestellten Geld haben und es auch auszugeben wagen. Sie erfahren es an jedem Markttag und vor jeder Festzeit: Die Pensionierten sind nicht mehr gezwungen, noch extra zu sparen; sie bringen ihre Batzen jenen, die keine Pension haben . . . wem denn sonst! Und man möchte nur wünschen, daß gerade diese Pensionssichern weniger Käuferrekruten für Firmen stellen, die das „Billig, billig" an ihre Schilder schreiben! Damit die schwer schuftenden Leute des Mittelstandes den Segen erfahren mögen, welche die neu gesicherten Pensionen indirekt auch ihnen bringen sollen. Vielleicht dringt dann allmählich im ganzen Volke der Gedanke durch, wie wichtig es sei, daß gerade die untersten Schichten ihr Geld haben und dem Produzenten bringen können!

Die eidgenössische Besoldungsvorlage

Im Nationalrat begründete Herr Billieux-Bern als Berichterstatter des politischen Departements ein Kommissionspostulat über die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland. Der Rat nahm dieses Postulat mit 70 zu 33 Stimmen an. Die Nichtstimmenden, ob abwesend oder nicht, dürften ungefähr im gleichen Prozentsatz dafür und dagegen gewesen sein.

Der Anstoß zu diesem außenpolitischen Schritte kommt diesmal nicht von links her, obschon seit Jahr und Tag der Ruf gerade von der äußersten Linken her ertönte, Motta solle gehen, damit sein Nachfolger diese notwendige Aenderung des Kurses gegenüber dem roten Rußland versuche. Es ist möglich, daß man in Moskau versuchen wird, Bedingungen zu stellen. Ganz umsonst wurden seinerzeit die Beziehungen nicht abgebrochen. Die Ermordung Worowskis und die Freisprechung des Attentäters Conradi sind Tatsachen, die wohl wir, vielleicht aber nicht Stalin vergessen. Und man weiß, daß gerade Stalin kleinlich sein kann!

Immerhin, nehmen wir an, Moskau sage Ja, so wie auch wir uns zu einem Ja bekehrt haben. Unsere Gründe liegen ja klar: Es sind in erster Linie Industrielle und Handelskreise, welche auf ein Geschäft hoffen. Herr Billieux hat vor allem auf die jurassischen Unternehmen verwiesen, die einfach mehr ausführen müssen. Daß die Maschinenindustrie russische Aufträge erhofft, und zwar in vermehrtem Umfange, weiß man. Sulzer-Winterthur gehört seit Jahren zu den Anhängern der Neuregelung.

Was aber eigentlich den Stein ins Rollen gebracht hat, das ist der Vorstoß des bernischen Großen Rates, der sozusagen einstimmig der Berner Regierung empfohlen, sie möchte beim Bundesrat für eine Kursänderung eintreten. In Bern sind es namentlich auch bäuerliche Kreise, die Vorteile erhoffen, vorab die Viehzüchter. Der bernische Bauernvertreter Held-Neuegg hatte schon vor Jahren die erste Attake geritten, ohne freilich Erfolg zu haben. Hoffen wir, es komme so, wie wir uns das vorstellen, und hoffen wir, Moskau werde nicht mit Chicanen antworten. Die Herren im Kreml, von England und Frankreich umworben, sehen sich ja plötzlich in der Rolle der Umworbenen und könnten auf den Gedanken kommen, der Schweiz eins auszuwischen; . . . wir sind ja päpstlicher gewesen als der Papst und haben die „Bolschewiki" gemieden, trotzdem Hitler und Mussolini nie aufhörten, mit ihnen Handel zu treiben.

—an—